

## **Februar-Demos kosten 7 Millionen**

**Sächsische Zeitung / SZ-online 5.8.11** Von Gunnar Saft

Bei den Februar-Demonstrationen gegen Neonazis waren jeweils über 6.000 Beamte in Dresden im Einsatz. Dafür muss nun Sachsen aufkommen.

Dresden. Die massiven Polizeieinsätze am 13. und 19. Februar in Dresden haben für ein Millionendefizit im Sicherheitsetat des sächsischen Innenministeriums gesorgt. So sind für die zweitägige Präsenz von jeweils über 6.000 Beamten mehrerer Bundesländer sowie der Bundespolizei Gesamtkosten von 7,1 Millionen Euro angefallen. Das bestätigte das Innenministerium der Sächsischen Zeitung.

Weil dem Ministerium laut Haushaltsgesetz für das gesamte Jahr 2011 aber nur 3,6 Millionen Euro für entsprechende Polizeieinsätze zur Verfügung stehen, wurde mittlerweile beim Landtag ein Antrag auf überplanmäßige Ausgaben von 4,8 Millionen Euro gestellt. Diese zusätzlichen Kosten will das Ministerium in Zukunft durch Kürzungen in anderen Bereichen des eigenen Haushalts decken. Eine Entscheidung, ob das Parlament einer solchen Finanzumschichtung zustimmt, ist noch nicht gefallen.

Im Umfeld der Februar-Demonstrationen, bei denen Tausende Nazi-Gegner gegen Aufmärsche von rechtsextremen Gruppen protestierten, kam es zu 687 Rechtsverstößen. Diese reichten von Sachbeschädigungen bis zur gefährlichen Körperverletzung. 118 Polizisten wurden nach Angaben des Ministeriums bei den Einsätzen verletzt.

Eine Sonderkommission sucht seitdem nach mutmaßlichen Straftätern. In dem Zusammenhang gibt es inzwischen heftige Vorwürfe gegen Sachsens Justiz und Polizei. So wurden bei den Ermittlungen mehr als eine Million Verbindungsdaten von Handys der Demonstrationsteilnehmer sowie unbeteiligter Dritter erhoben. Kritiker sprechen von einer unverhältnismäßigen Maßnahme, mit der Grundrechte der Betroffenen verletzt worden seien. Sachsens Datenschutzbeauftragter will dazu im September einen Prüfbericht vorlegen.

## **Neonazi-Konzert: Dresden unterstützt Gera gegen Rechts**

**DNN online 5.8.11**

Dresden/Gera. Mit einer Videobotschaft will Dresden die Geraer in ihrem Protest gegen ein geplantes Konzert von Rechtsradikalen unterstützen. An diesem Samstag von 8.00 bis 22.00 Uhr können die Bürger Geras in die Heinrichstraße kommen und sich den Beitrag „Miteinander Toleranter - gegen Nazismus und Fremdenfeindlichkeit in Gera" ansehen. „Es ist wichtig, dass wir beim Protest gegen Extremismus unter allen Städten solidarisch sind. Wir wollen friedlich und gewaltlos ein deutliches Zeichen setzen", sagte Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) laut Mitteilung vom Freitag. In der Videobotschaft kommen unter anderem der Rektor der Technischen Universität Dresden, Hans Müller-Steinhagen, Hilbert, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Studenten der TU zu Wort.

Tausende Demonstranten wollen am Samstag in Gera gegen ein Neonazi-Konzert protestieren. Polizei und Stadtverwaltung erwarten bis zu 1800 Rechtsextreme und mindestens ebenso viele Gegendemonstranten. Bürger, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen haben zu Protesten gegen die NPD-Kundgebung aufgerufen.

## **Weiter Streit um Handydaten-Affäre Lausitzer Rundschau 2.8.11**

In der Handydaten-Affäre hat Sachsens FDP-Generalsekretär Torsten Herbst Vorwürfe von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) zurückgewiesen. Thierse sprach in einem Brief an Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) von einer systematischen Grundrechtsverletzung bei einer Demonstration im Februar in Dresden, weil Ermittler damals massenhaft Handydaten sammelten.

Der FDP-Politiker Herbst nannte Thierses Äußerungen am Montag absurd. Offenbar gefalle es Thierse, sich in eine selbst erklärte Märtyrerrolle hineinzusteigern. Schon seine früheren Äußerungen, die Polizei schütze Neonazis und dies sei sächsische Demokratie, seien indiskutabel und hätten Thierses Amt beschädigt, meinte Herbst. Er warf dem SPD-Politiker ein „äußerst eigenwilliges Verhältnis zum Rechtsstaat“. Herbst kritisierte: „Wenn er sächsischen Behörden nun schließlich Verfassungsfeindlichkeit vorwirft, weil diese seiner Meinung nach 'den Geist des Grundgesetzes missachten', schießt er endgültig übers Ziel hinaus und entlarvt sich als geltungsbedürftigen Populisten.“

Verfassungsfeinde in Polizei und Justiz, die einen Bundestagsvizepräsidenten politisch verfolgen, um ihn mundtot zu machen – das glaubt Herr Thierse doch selber nicht. Er macht sich und sein Amt lächerlich.“ Im Zusammenhang mit einer teilweise gewalttätigen Demonstration gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden hatten die Behörden Zehntausende Handy-Verbindungsdaten erfasst.

Thierse hatte kritisiert, die Geisteshaltung, die hinter einer solchen Respektlosigkeit gegenüber den Bürgerrechten stehe, könne zu einer Bedrohung für die Demonstrationsfreiheit, den Rechtsstaat und die Demokratie werden.

SPD-Politiker Dulig unterstützt Thierses Kritik Der SPD-Landesvorsitzende Martin Dulig nannte die Kritik Thierses völlig berechtigt. Zehntausende unschuldige Bürger seien ins Visier von Polizei und Staatsanwaltschaft geraten. „Das ist nicht hinnehmbar“, kritisierte er am Montag. „Hier ist dringend Selbstkritik seitens der Staatsregierung angebracht.“ Dulig warf der CDU vor, sie habe aus den Diskussionen um Gesinnungsschnüffelei und Pressezensur nichts gelernt. „Für sie gilt weiter: Wer sich gegen Rechts engagiert, macht sich verdächtig.“

Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft Dresden offensichtlich etliche Verfahren gegen Blockierer des Rechten-Aufmarsches vom 19. Februar gegen Geldbußen eingestellt. Die Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Dresden hat nach eigenen Angaben in der jüngsten Zeit vermehrt Zuweisungen von Blockierern erhalten. „Die Staatsanwaltschaft hat auf Nachfrage erklärt, dass die Zahlungen mit eingestellten Verfahren zusammenhängen“, sagte Marianne Thum von der Beratungsstelle.

Nach Angaben der Opferberatung vom Montag sind bei der Organisation mittlerweile mehr als 40 Zahlungen zwischen 50 und 150 Euro eingegangen. Lieber bekämen die Berater auch Geld aus Verfahren, die sich gegen Täter aus dem rechten Spektrum richteten. Die Beratungsstelle sieht die jetzigen Zuweisungen zwiespältig. „So sehr wir uns über die Zahlungen freuen, weil mit ihnen Opfer rechter Gewalt unterstützt werden können, so sehr sind wir besorgt über das vermutlich zugrundeliegende Verfahren“, erklärte sie. Sitzblockaden gegen Neonazis seien aus Sicht der Beratungsstelle ein legitimes Mittel, „um dem europaweit größten Naziaufmarsch ein Ende zu setzen“.

*dapd/dpa/uf*

**Abhörtechnik.**

**Regierung verweigert  
die Auskunft**

DRESDEN - Was hat die Staatsregierung zu verschweigen? Der Linke-Landtagsabgeordnete Rico Gebhardt wollte in einer Kleinen Anfrage von der Staatsregierung wissen, wie viele IMSI-Catcher-Geräte zum Abhören und Ausspähen von Mobiltelefonen - der Freistaat besitzt und wer diese Geräte einsetzen darf. Außerdem wollte er wissen, welche Daten die entsprechenden Behörden mit dem Gerät tatsächlich abfassen können. Gebhardt fragte absichtlich nicht nach dem konkreten Einsatz der Geräte im Umfeld des 13. und 19. Februar 2011, sondern ganz allgemein.

Die Antwort von Innenminister Markus Ulbig (CDU) fiel kurz aus: Alles sei geheim und unterliege strengsten Vorschriften. Nicht eine einzige Frage beantwortete er. Gebhardt: „Die Regierung mauert weiter - trotz der bundesweiten Kritik an bisher bekannt gewordenen Praktiken. Da ich nicht nach konkreten Fällen gefragt habe, ist das Argument des Geheimnisses an den Haaren herbeigezogen. Wir werden prüfen, gegen die Nichtbeantwortung meiner Fragen rechtlich vorzugehen.“ JU

**Justiz ermittelt  
weiter gegen  
Abgeordnete**

Dresden - Die Ermittlungen gegen Blockierer des rechten „Trauermarsches“ im Februar dauern an. Von 206 Verfahren sind 100 abgeschlossen. Unter den offenen Fällen sind noch Vorgänge, u.a. gegen Abgeordnete, die unter politischer Immunität stehen. Namen der Parlamentarier nannte die Staatsanwaltschaft allerdings nicht.